

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**21. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung  
und Polizeibeirat**

Sitzungstermin:	Dienstag, 21.09.2021	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	18:46 Uhr	
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck	
<b>Anwesende Mitglieder</b>		
<b>Vorsitz</b>		
2. Stellvertr. Stadtpräsidentin Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>		
Dr. Marek Lengen - SPD		
Heiko Steffen - AfD Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Claudia Treumann-Greif - CDU		
Frank Zahn - SPD		
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>		
Peter Schüler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Rüdiger Hinrichs - FREIE WÄHLER & GAL		
Stefan Höfel - Die Unabhängigen		
Rolf Müller - FDP		
Paul-Gerhard Röttger - CDU		
Martina Buerschaper - CDU		Vertretung für AM Mauritz
Katja Kuncke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für AM Hönel
Michael Kunz - SPD		Vertretung für AM Friedrichsen
Hans-Jürgen Martens - DIE LINKE		Vertretung für AM Luetkens
André Marx - SPD		Teilnahme für ausgeschiedenes AM Otte
<b>Verwaltung</b>		
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung		
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales		bis 17:20 Uhr
Petra Poltrock - FBC FB 3		
Birgit Hartmann - 3.390 Umwelt, Natur u. Verbraucherschutz		ab 16:30 bis 18:25 Uhr

Barbara Schäfers - 3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	ab 16:30 - 17:48 Uhr
Torben Schultz - 3.320 Ordnungsamt	bis 18:30 Uhr
Fabian Kloth - 3.320 Kommunaler Ordnungsdienst (KOD)	bis 18:30 Uhr
Arnd Babendererde - 5.651 GMHL	ab 17:28 Uhr
Klaus Cohrs - Stadtfeuerwehrverband	
Kaisu Wittholz - PR FB 3	bis 18:07 Uhr (einschließlich TOP 4.3)
Norbert Trabs - Polizeidirektion Lübeck	bis 17:20 Uhr
Torsten Bastian - Polizei	bis 17:20 Uhr
Ulli Fritz Gerlach - Polizeidirektion Lübeck	bis 17:20 Uhr
<b>Protokollführung</b>	
Melanie Reichenauer - 3.031 Fachbereichsdienste	
Angelika Schröder - Fachbereichsdienste FB 3	
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Bruno Hönel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
Sascha Luetkens - DIE LINKE Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	entschuldigt
Jochen Mauritz - CDU	entschuldigt
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Ute Friedrichsen - SPD	entschuldigt
<b>Verwaltung</b>	
Melanie Wöhlk - 3.320 Ordnungsamt	entschuldigt
Sven Klempau - Stadtfeuerwehrverband	entschuldigt
Thomas Köstler - 3.370 Feuerwehr	entschuldigt

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.08.2021	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Mitteilungen der Vorsitzenden	
3.2	Mitteilungen der Fachbereichsleitung	
3.2.1	Sachstand Bürgerservice	
3.2.2	Weiteres Vorgehen Masterplan Klimaschutz	
3.2.3	Munition in der Ostsee	
3.2.4	AG Feuerwehr	
3.3	Anfragen und Antworten	
3.3.1	Anfrage AM Hans-Jürgen Martens (DIE LINKE): Wilde Feiern der jugendlichen Partyszene auf der Nördlichen Wallhalbinsel	<b>VO/2021/10460</b>
4	Berichte	
4.1	Zukunftskonzept Kommunalen Ordnungsdienst	<b>VO/2021/10449</b>
4.2	Konzept für die Modernisierung der Geschwindigkeitsüberwachung	<b>VO/2021/10450</b>
4.3	Ahndungsoptionen für belästigendes und umweltschädigendes Verhalten	<b>VO/2021/10462</b>
5	Beschlussvorlagen	
5.1	127. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Teilbereich Schlutuper Straße / Lauerhofer Feld - abschließender Beschluss	<b>VO/2021/10283</b>
5.2	Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Mitbürger:innen	<b>VO/2021/10332</b>
5.3	Budgetverträge für Kindertageseinrichtungen, Träger der Schulkindbetreuung sowie von Trägern, für die ab dem 01.01.2022 erstmalig Budgetverträge abzuschließen sind	<b>VO/2021/10338</b>
5.4	Sondervermögen für die Kameradschaftspflege der Frei-	<b>VO/2021/10294</b>

	willigen Feuerwehren in der Hansestadt Lübeck (Kameradschaftskassen)	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Hansestadt Lübeck sauber halten	<b>VO/2021/10351</b>
6.2	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN & BM Antje Jansen (GAL) AT zu VO/2021/10357 Schottergärten in Lübeck	<b>VO/2021/10357-01</b>
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Jochen Mauritz (CDU) + AM Frank Zahn (SPD): Sachstand Taxen in Travemünde	<b>VO/2021/10437</b>
7.2	SPD-Dringlichkeitsantrag: AM Frank Zahn (SPD): Servicezeiten für Student:innen	<b>VO/2021/10459-01</b>
8	Polizeibeirat	
8.1	Sicherheitspartnerschaft zwischen der Hansestadt Lübeck und der Polizei zur nachhaltigen Auflösung der offenen Drogenszene	
8.2	Anfragen und Antworten	
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

## Öffentlicher Teil:

### **zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen**

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht die Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

TOP 7.2 Antrag AM Zahn: Servicezeiten für Student:innen VO/2021/10459-01.

Sie lässt über die Dringlichkeit abstimmen. Der Ausschuss stimmt der Erweiterung der Tagesordnung unter Bejahung der Dringlichkeit mit 12 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen zu.

Frau Treumann-Greif beantragt aufgrund weiterem Informationsbedarfes die Vertagung des TOP 5.2. Der Ausschuss stimmt mit 11 Ja- und 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen für die Vertagung des TOP 5.2.

Die Verwaltung beantragt das Vorziehen des TOP 8 Polizeibeirat nach dem TOP 2.1 sowie des TOP 3.3.1 nach TOP 8.2 und den TOP 7.1 nach 4.3 und TOP 7.2 nach 3.2.1.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Sie lässt über die Zuordnung des für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP abstimmen: TOP 12.1 Feuerwehrgerätehäuser.

Der Ausschuss stimmt der nichtöffentlichen Behandlung sowie der geänderten Tagesordnung jeweils einstimmig zu.

Ferner teilt die Vorsitzende mit, dass gem. § 39 Abs. 3 der GeschO der Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt abzustimmen ist. Der Ausschuss stimmt einstimmig der Teilnahme der zuständigen Mitarbeiter der Feuerwehr sowie von Herrn Babendererde (5.651) zu.

Die Vorsitzende verpflichtet das (stellvertretende) bürgerliche Ausschussmitglied Herrn Michael Kunz mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

#### **zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.08.2021**

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

### **zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

#### **zu 3.1 Mitteilungen der Vorsitzenden**

Frau Mählenhoff berichtet von der bundesweiten CO<sup>2</sup> Sparaktion „Klimawette“ mit dem Bürgermeister.

#### **zu 3.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung**

##### **zu 3.2.1 Sachstand Bürgerservice**

Aufgrund der Abwesenheit von Frau Wöhlk könne erst wieder in der nächsten Sitzung über den aktuellen Sachstand berichtet werden.

##### **zu 3.2.2 Weiteres Vorgehen Masterplan Klimaschutz**

Frau Schäfers erläutert die Zielsetzung und Zielpfade anhand einer Präsentation (siehe Anlage) sowie das weitere Vorgehen in den 8 Workshops mit jeweils max. 20 Teilnehmer:innen und der entsprechenden Zeitplanung. Die Bürger:innenbeteiligung solle ca. im Februar als Workshop erfolgen, im Sommer sei dann die Abschlussveranstaltung geplant.

Die Frage von Herrn Schüler zur Finanzierung beantwortet Herr Senator Hinsen und erläutert dabei die Zusammenarbeit mit den Stadtwerken und notwendige politische Unterstützung. Frau Kuncke regt an die Workshops digital zu übertragen, Herr Hinsen sagt eine Prüfung zu..

##### **zu 3.2.3 Munition in der Ostsee**

Herr Senator Hinsen informiert zum Sachstand „Munition Ostsee“. Der gemeinsame Brief mit der Bürgermeisterin von Scharbeutz werde dem Ausschuss nach der Unterzeichnung des Bürgermeisters zur Kenntnis gegeben.

##### **zu 3.2.4 AG Feuerwehr**

Herr Senator Hinsen teilt den Termin des nächsten Treffens der sicherheitspolitischen Sprecher:innen zur Ortsbesichtigung des Tauchwagens der Feuerwehr am 08.11.2021 (18-20 Uhr) mit.

### zu 3.3 Anfragen und Antworten

#### zu 3.3.1 Anfrage AM Hans-Jürgen Martens (DIE LINKE): Wilde Feiern der jugendlichen Partyszene auf der Nördlichen Wallhalbinsel Vorlage: VO/2021/10460

Herr Trabs beantwortet die Fragen von Herrn Martens.

##### **Anfrage:**

Im August gab es laut Presseberichten wilde Feiern der jugendlichen Partyszene auf der Nördlichen Wallhalbinsel. Es soll zu erheblichen Sachbeschädigungen bis Körperverletzungen und Brandstiftungen gekommen sein. Die KWL soll von ihrem Hausrecht Gebrauch gemacht haben und den Zugang zu Nördlichen Wallhalbinsel kontrolliert und ein Alkoholverbot erlassen haben. Dazu habe ich einige Fragen an die Polizei:

1. Wie sind diese wilden Feiern, mit kriminellem Potenzial, aus Sicht der Polizei, auf der Nördlichen Wallhalbinsel abgelaufen?
2. Besteht diese wilde Partyszene nur aus Lübecker Jugendliche?
3. Gab es Festnahmen wegen kriminellen Handlungen?
4. Gab es nach Wissen der Polizei ähnlich Ausschreitungen der Partyszene nach den Geschehnissen auf der Nördlichen Wallhalbinsel im Lübecker Stadtgebiet oder in der Umgebung?

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

*Der Ausschuss nimmt die Antworten und Mitteilungen unter TOP 3 zur Kenntnis.*

### zu 4 Berichte

#### zu 4.1 Zukunftskonzept Kommunalen Ordnungsdienst Vorlage: VO/2021/10449

Herr Senator Hinsin schlägt vor, dass die ausführliche Erörterung zu den drei Berichten in der nächsten Sitzung erfolge. Herr Zahn regt an, dass die Fragen zu den Berichten gebün-

delt vorab an die Verwaltung geschickt werden, damit eine zielgerichtete Diskussion möglich sei.

Fragen der AM Martens (Bewaffnung KOD), Kuncke (Haushalt und Personal) beantwortet Herr Hinsen.

Herr Steffen möchte in der nächsten Sitzung dann ausführliche Erläuterungen zu den Themen Vollzugshilfe für Abschiebung, Absicherung vom Jugendamt und Feuerwehreinsätzen, Einsatz von unmittelbarem Zwang und Gefährderansprachen sowie die Abgrenzung zu den klassischen Polizeiaufgaben.

*Der Ausschuss ist mit diesem Vorschlag, die Berichte zu vertagen, einverstanden. .*

<b>zu 4.2</b> <b>Konzept für die Modernisierung der Geschwindigkeitsüberwachung</b> <b>Vorlage: VO/2021/10450</b>
--

Vertagt auf die nächste Sitzung am 16.11.2021 (siehe TOP 4.1).

<b>zu 4.3</b> <b>Ahndungsoptionen für belästigendes und umweltschädigendes Verhalten</b> <b>Vorlage: VO/2021/10462</b>
---

Vertagt auf die nächste Sitzung am 16.11.2021 (siehe TOP 4.1).

<b>zu 5</b> <b>Beschlussvorlagen</b>
--------------------------------------

<b>zu 5.1</b> <b>127. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Teilbereich Schlutuper Straße / Lauerhofer Feld - abschließender Beschluss</b> <b>Vorlage: VO/2021/10283</b>
--

**Beschluss:**

1. Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB zum Entwurf der 127. Änderung des Flächennutzungsplanes abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt.

Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Die 127. Änderung des Flächennutzungsplanes wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 3) beschlossen.  
Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 4) gebilligt.
3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Änderung des Flächennutzungsplanes dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein gemäß § 6 Abs. 1 BauGB zur Genehmigung vorzulegen.
4. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Erteilung der Genehmigung der 127. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

<b>Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft</b>	einstimmige Annahme	15
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.2 Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Mitbürger:innen  
Vorlage: VO/2021/10332**

Vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

**Beschluss:**

- 1) Die AWO Schleswig-Holstein gGmbH (AWO) erhält für den Betrieb der Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Mitbürger:innen von der HL Zuwendungen für die Dauer von 10 Jahren ab Inbetriebnahme. Aufgrund einer möglichen Nachnutzung des Standortes ist der Betrieb zunächst für eine Dauer von 10 Jahren vorgesehen.
- 2) Die Finanzierung des Betriebes durch die AWO Schleswig-Holstein gGmbH erfolgt für die Dauer von 10 Jahren.  
Für das Jahr 2022 erfolgt die Finanzierung aufgrund des noch nicht feststehenden Termins der Inbetriebnahme über einen zu erteilenden Zuschussbescheid.  
Ab 2023 ist die Finanzierung des Betriebes durch den Abschluss eines entsprechenden Budgetvertrages sicherzustellen (s. VO/2019/08009-01).  
Der Bürgermeister wird beauftragt, den entsprechenden Zuschussbescheid zu erlassen und den Budgetvertrag abzuschließen.
- 3) Grundlage für den Betrieb der Begegnungsstätte ab 2022 ist das in der Begründung dargestellte Basisangebot. Dieses sieht eine Fortführung der momentanen Angebote des Kontaktladens Tea&Talk in den neuen und größeren Räumlichkeiten vor.  
Die Kosten belaufen sich im Jahr 2022 auf max. 433.000 Euro zzgl. einmalig auf max. 45.000 Euro für den Umzug und die Ersteinrichtung.  
Eine Ausweitung des Angebotes über die dargestellten Module kann durch Beschluss der Bürgerschaft erfolgen.

Mit Inbetriebnahme der Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Mitbürger:innen endet gleichzeitig die städtische Finanzierung der AWO für den Betrieb des Kontaktladens Tea&Talk.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

**zu 5.3 Budgetverträge für Kindertageseinrichtungen, Träger der Schulkindbetreuung sowie von Trägern, für die ab dem 01.01.2022 erstmalig Budgetverträge abzuschließen sind**  
**Vorlage: VO/2021/10338**

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird beauftragt:

1. Budgetverträge nach dem beigefügten Vertragsmuster mit:
  - a. den Trägern von Kindertageseinrichtungen für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis 31.12.2024 abzuschließen,
  - b. den Trägern der Schulkindbetreuung für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis 31.12.2026 abzuschließen,
2. Budgetverträge nach dem durch die Bürgerschaft am 17.06.2021 beschlossenen Vertragsmuster mit den Trägern abzuschließen, die ab dem 01.01.2022 erstmals einen Budgetvertrag erhalten sollen. Diese Verträge sind für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis 31.12.2026 abzuschließen.

<b>Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft</b>	einstimmige Annahme	14
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.4 Sondervermögen für die Kameradschaftspflege der Freiwilligen Feuerwehren in der Hansestadt Lübeck (Kameradschaftskassen)**  
**Vorlage: VO/2021/10294**

**Beschluss:**

1. Die Einnahme- und Ausgaberechnungen der Lübecker Freiwilligen Feuerwehren werden für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 in der Form der Plan-Ist-Vergleiche zur Kenntnis genommen.
2. Den beigefügten Einnahme- und Ausgabeplänen der Lübecker Freiwilligen Feuerwehren werden für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 zugestimmt, für die Freiwillige Feuerwehr Schönböcken erstreckt sich Zustimmung nachträglich auch auf das Haushaltsjahr 2020.

Die vorstehenden Beschlussvorschläge beziehen sich auf die folgenden Freiwilligen Feuerwehren:

- Büssau
- Dänischburg
- Dummersdorf
- Genin
- Groß Steinrade
- Innenstadt
- Israelsdorf
- Ivendorf
- Kronsforde
- Krummesse
- Kücknitz
- Moisling
- Moorgarten
- Niendorf
- Padelügge-Buntekuh
- Priwall
- Schlutup
- Schönböcken
- Siems
- Travemünde
- Vorwerk
- Wulfsdorf-Vorrade

<b>Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft</b>	einstimmige Annahme	15
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

**zu 6.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Hansestadt Lübeck sauber halten  
Vorlage: VO/2021/10351**

**Beschluss:**

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Die Mitglieder der Bürgerschaft verpflichten sich freiwillig einmal im Jahr an der offiziellen Müllsammelaktion „Sauberes Lübeck“ teilzunehmen.

Um noch mehr Bürger\*innen für diese Aktion zu begeistern, soll geprüft werden ob eine Art „Festival“ an dem Müllsammeltag angeschlossen werden kann.  
Die EBL, der Werkausschuss und die LTM sind im Prozess zu beteiligen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	4
	Nein-Stimmen	11
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Grünen mehrheitlich ab.

**zu 6.2 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN & BM Antje Jansen (GAL) AT zu VO/2021/10357  
Schottergärten in Lübeck  
Vorlage: VO/2021/10357-01**

Frau Mählenhoff informiert, dass der Bauausschuss die Vorlage vertagt habe und schlägt entsprechend die Vertagung vor. Herr Hinsen erklärt die rechtliche Sachlage und dass Schottergärten eigentlich schon verboten seien. Frau Buerschaper ergänzt, dass es bereits Informationsflyer dazu gebe.

Die Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen. Der Ausschuss stimmt mit 3 Ja- und 12 Nein-Stimmen gegen die Vertagung.

**Beschluss:**

„In Lübeck gibt es keine Satzung, welche Schottergärten verbietet. Trotzdem sind diese aber gemäß §8 der Landesbauordnung ohnehin verboten.

Dort steht: Die nicht überbauten Flächen der bebauten Grundstücke sind wasseraufnahmefähig zu belassen oder herzustellen und zu begrünen oder zu bepflanzen.

Deswegen wird der Bürgermeister beauftragt:

1. Ein Verbot von Schottergärten im Rahmen einer Ortsgestaltungssatzung und in den Bauvorschriften (z.B. Bebauungsplänen) der Stadt bis zum Ende des Jahres zu verankern,
2. ein Konzept vorzulegen, wie die Stadt dieses Verbot umsetzen wird inkl. rechtlicher Prüfung zu etwaigem Bestandsschutz,
3. eine Aufklärungskampagne z.B. mittels Flyern und über die städtische Homepage zu initiieren.“

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	4
	Nein-Stimmen	10
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	

<b>zu 7</b>	<b>Anträge von Ausschussmitgliedern</b>
-------------	---

<b>zu 7.1</b>	<b>AM Jochen Mauritz (CDU) + AM Frank Zahn (SPD): Sachstand Taxen in Travemünde</b> <b>Vorlage: VO/2021/10437</b>
---------------	--

Herr Zahn erläutert den Antrag. Herr Hinsen erklärt die aktuelle Situation. Das Ordnungsamt werde einen Dienstplan fertigen sowie ggf. Sanktionen festsetzen.

Herr Marx bestätigt, dass Taxen als Teil des ÖPNV ca. 2000 PKW ersetzen und dass sich das „Monopol“ in Travemünde auch dem Wettbewerb stellen müsse. 240 Taxen könnten den Markt ergänzen, die Trennung von dem Travemünder und dem Lübecker Stadtgebiet habe sich dabei bewährt. Die aktuelle Versorgungslücke mit Taxen in Travemünde müsse behoben werden, z. B: können Taxibetriebe zu einer Erweiterung verpflichtet werden. AM Kuncke berichtet, dass Fahrten aufgrund von Unwirtschaftlichkeit abgelehnt worden seien, auch in anderen Gebieten.

Herr Zahn bestätigt, dass der Antrag mit der erfolgten Berichterstattung erledigt sei.

**Antrag:**

Der Bürgermeister möge berichten, wie der aktuelle Sachstand zum Thema Bereitstellung von Taxen in Travemünde ist.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

<b>zu 7.2</b>	<b>SPD-Dringlichkeitsantrag: AM Frank Zahn (SPD): Service-Zeiten für Student:innen</b> <b>Vorlage: VO/2021/10459-01</b>
---------------	--

Herr Zahn erklärt die Hintergründe des Antrags. Herr Hinsen erläutert die technischen Schwierigkeiten und nimmt den Antrag als Anregung an, die Verwaltung prüfe grundsätzlich Optimierungsmöglichkeiten. Herr Senator Hinsen beantwortet eine Frage von Herrn Müller (Terminwartezeiten Bürgerservice).

**Antrag:**

Beschlussvorschlag:

Die Fachbereichsleitung wird gebeten, das Ordnungsamt anzuweisen Verfahren zu entwickeln, die ein zügigeres Um- bzw. Anmelden von Studierenden und Auszubildenden erleichtert.

In Zeiten von Digitalisierung, Homeoffice etc. sind dazu insbesondere folgende Bürger-service-Dienstleistungen einer Machbarkeitsmöglichkeit, zu unterziehen:

- 1) Das Ordnungsamt bietet temporär abgestimmte Servicezeiten auf dem Gelände z.B. der UNI nach Beginn des Wintersemesters an. Dazu sind Gespräche mit der Administration der Hochschule und z.B. der AStA zu führen um die Bereitstellung einer Örtlichkeit und die am besten geeigneten Servicezeiten zu ermitteln.
- 2) Im Bürgerservicebüro Hochschulstadtteil außerhalb der üblichen Servicezeiten, ermittelte und abgestimmte Servicezeiten nur für Studierende anzubieten.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 8      Polizeibeirat**

**zu 8.1      Sicherheitspartnerschaft zwischen der Hansestadt Lübeck und der Polizei zur nachhaltigen Auflösung der offenen Drogenszene**

Herr Trabs bedauert sehr, dass die Begegnungsstätte als ein zentrales Element der Sicherheitspartnerschaft heute unter TOP 5.2 vertagt wurde. Er berichtet vom Stand der Partnerschaft vom 28.10.2019, dem Inhalt des Vertrages, die Rahmenbedingungen und Ziele. Herr Trabs bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung und dem Kommunalen Ordnungsdienst. Die Auflösung der offenen Drogenszene sei durch vielfältige Einsätze und Hilfsangebote, Kommunikation mit den Betroffenen und durch die Zusammenarbeit mit dem KOD und der Polizei präsent erreicht worden. Die neue Begegnungsstätte bietet als Modulbauweise theoretisch auch die Möglichkeit die Substitutionspraxis unterzubringen, für diese von der Polizei bevorzugte Erweiterung gebe es laut Herrn Schindler jedoch noch keine Beschlüsse. Aus Sicht der Polizei besteht dringender und zunehmender Bedarf an dieser Begegnungsstätte.

Herr Bastian ergänzt, dass sich am ZOB keine offene Szene für Drogenkonsum etablieren solle und berichtet von der Dankbarkeit der Betroffenen bzgl. der Polizei präsent. Die Sozialkontrolle an der geplanten Begegnungsstätte sei voraussichtlich gut möglich.

Es diskutieren die AM Zahn, Kuncke, Steffen, Martens, Hinrichs, Mählenhoff, Lengen und Treumann-Greiff. Herr Senator Schindler sowie Herr Trabs und Herr Bastian beantworten Fragen der AM.

**zu 8.2      Anfragen und Antworten**

Fragen von Herrn Steffen zur LGBTQ beantwortet Herr Trabs.

Herr Hinsen bietet an, im März 2022 eine Vertretung des Lübecker CSD e. V. zum nächsten Polizeibeirat einzuladen, die Polizei stimmt dem zu und stellt in Aussicht, dass jemand von der Zentralen Ansprechstelle LSBTIQ der Landespolizei ebenfalls dabei sein werde.

Herr Trabs beantwortet weitere Fragen von AM Zahn zur Travemünder Woche sowie zur Problematik der „Partyszene“ an der Untertrave und anderen Standorten.

Herr Trabs informiert über die Autoverladung an der Lohmühle. Das absolute Halteverbot gelte für die Autohäuser, jedoch gebe es seit 10 Jahren eine Ausnahmegenehmigung von 20:00 - 5:00 Uhr. Ob inzwischen weitere Genehmigungen beantragt worden seien, sei der Polizei nicht bekannt. Die Verladung werde teilweise geduldet, die Problematik der Verkehrsbehinderung und Rückstaus sei dabei bekannt. Es diskutieren die AM Marx und Zahn. Die Polizei nehme die Anregungen und Informationen mit und werde dies entsprechend weitergeben bzgl. notwendiger Kontrollen durch die Polizei und dem KOD.

#### **zu 9      Verschiedenes**

Es liegt nichts vor.

#### **zu 10      Ende des öffentlichen Teils**

Die Vorsitzende schließt um 18:25 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 18:26 Uhr von der Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

#### **zu 16      Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Es wurden keine Beschlüsse gefasst.

Lübeck, den 4. Januar 2022

Silke Mählenhoff  
Vorsitzende/r

Melanie Reichenauer  
Protokollführung